

4

Registernummer der Anmeldung: K 05262

Landgericht Kassel

Entschädigungssache

Kläger: Paley, Irene gegen

Beklagte: Land Hessen

Vertr: RA Dr. Löhms, Frankfurt/M. Bl. 4 ER

Vertr: _____ Bl. _____

Klage _____ Bl. _____

Armenrecht bewilligt _____ Bl. _____

Entscheidung: I. Instanz _____ Bl. _____

Rechtskraft: I. Instanz _____ Bl. _____

Berufung eingelegt _____ Bl. _____

Entscheidung: II. Instanz _____ Bl. _____

Rechtskraft: II Instanz _____ Bl. _____

Revision eingelegt X _____ Bl. _____

Entscheidung: III. Instanz _____ Bl. _____

Termin: 20. 4. 61 9 30

28. 4. 61, 9 30

"

"

"

Hess. Staatsarchiv St. 112

270 Kassel
Acc. 1981/49
Nr. 6229

II O. 112 \ 60
(Entsch.)

Weggelegt am: 13. Juni 1961

Dauernd aufzubewahren:

Kostenrechnung I. Instanz Verm. Bl. 32 R

" II. " /

" III. " /

Gemäß der Kostenverfügung geprüft bis Blatt 32

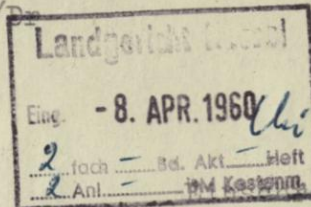
7. Juni 1961

Ludwig
Justizinspektor

Rechtsanwälte
Dr. Löhnis
Klaus Kreusler
Horst Wagner
Frankfurt a. M.
Friedrichstraße 29
Tel. 720134

Frankfurt/Main, den 5. April 1960

Dr. L./P.



An das
Landgericht

- Entschädigungskammer -

K a s s e l

In der Entschädigungssache

der Frau Irene P a l e y geb. Strauss

geb. am 10.3.1903 in Marburg/Lahn, wohnhaft in 42 South
6th Ave., Coatesville, Pa./USA

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Rudolf Löhnis,
Klaus Kreusler, Horst Wagner,
Frankfurt/Main, Friedrichstr. 29

gegen

das Land H e s s e n

vertreten durch den Herrn Regierungspräsidenten

- Entschädigungsbehörde - in Kassel

- verkl. Land -

I/7 K 05262-03-A-Pa.

erheben wir hiermit namens und in Vollmacht der Klägerin

K l a g e

und beantragen:

- 1.) der Bescheid des Regierungspräsidenten in Kassel vom 5. Okt. 1959 - zugestellt am 8. Okt. 1959 - wird geändert,
- 2.) das verkl. Land wird verurteilt, an die Klägerin für Schaden im berufl. Fortkommen unter Einstufung in den höheren Dienst eine weitere Kapitalentschädigung von DM 28.120,-- zu zahlen,
- 3.) das verkl. Land trägt die Kosten des Verfahrens.

II 0. 112/60 (E)

B e g r ü n d u n g :

- 1.) Der angefochtene Bescheid stuft die Klägerin (antrags-gemäss) in den gehobenen Dienst ein. Das hatte der früheren Rechtslage entsprochen. Nach der 2.Änd.VO vom 25.2.60 hat die Klägerin jedoch Anspruch auf Einstufung in den höheren Dienst.

Die Klägerin hat kurz vor dem 1.4.1933 das 30. Lebensjahr vollendet. Da die Klägerin schon sofort nach der Machtergreifung Hitlers (30.1.1933) in ihrer Berufsausübung erheblich behindert wurde, hatte sie bei Beginn der Verfolgung das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet. Nach der neuen Anlage 3 zu § 14 beträgt daher bei ihr das Vergleichseinkommen bei Einstufung in den höheren Dienst nur 4.900,- RM. Selbst wenn man aber das Vergleichseinkommen ab vollendetem 30. Lebensjahr mit 6.000,- RM annimmt, ist die Klägerin in den höheren Dienst einzustufen, da ihr Einkommen wesentlich über diesem Betrag gelegen hat. Während sie in den früheren Jahren ungestörter Berufstätigkeit ein monatliches Einkommen von ca. 1.000,- bis 1.200,- RM hatte, lag es trotz der schon vor dem 30.1.33 aufkommenden nationalsozialistischen Einflüssen immer noch zwischen 500,- bis 600,- RM monatlich.

Dazu kommt folgendes:

Die Klägerin hat in Marburg/Lahn das Abitur gemacht. Sie bestand die staatliche Prüfung als Lehrerin für höhere Schulen und besuchte anschliessend zur Weiterbildung deutsche und ausländische Universitäten. Dieser Ausbildungsgang ist nachgewiesen und würde allein schon die Einstufung in den höheren Dienst rechtfertigen.

Vorsorglich überreichen wir eine

eidestattliche Versicherung der Frau

Else Wolff geb. Rothschild vom 8.2.60.

- 2.) Bei Einstufung in den höheren Dienst endet der Entschädigungszeitraum nicht bereits am 31.12.1946, er dauert vielmehr heute noch an.

Da die jährliche Kapitalentschädigung im höheren Dienst in der Altersklasse der Klägerin 6.396,- beträgt, würde die Klägerin den Höchstbetrag von 40.000,- DM bereits überschritten haben, wenn der Entschädigungszeitraum am 30.6.52 endet. Die Entschädigung beträgt nämlich:

für die Zeit vom 1.4.33 bis 1.7.48 = 97.539,- RM = 18.507,80DM
" " " " 1.7.48 bis 30.6.52 = 25.584,- DM
44.091,80DM

Dieser Betrag wird auf die Höchstsumme von DM 40.000,-- reduziert. Die Klägerin kann also einen weiteren Betrag von DM 28.120,-- verlangen.

Das Einkommen des Ehemannes spielt keine entscheidende Rolle, zumal dieser nicht Verfolgter ist. Wir weisen darauf hin, dass der BGH nach dem abschriftlich beiliegenden Beschluss vom 19.2.60 (IV ZB 282/59) die grundsätzliche Rechtsfrage nochmals überprüfen wird, ob eine ausreichende Lebensgrundlage i.S. des § 75 BEG bereits erreicht ist, wenn das Erwerbseinkommen des Verfolgten und seines Ehegatten eine der Berufsausbildung des Verfolgten entsprechende Lebensführung gewährleistet.

Im vorliegenden Fall betreibt der Ehemann der Klägerin ein kleines Ladengeschäft für Eisenwaren, in dem wöchentlich 75 bis 80 Dollar verdient werden.

Ohne die Verfolgung hätte die Klägerin nach menschlichem Ermessen ihren verkrüppelten Mann nicht geheiratet. Sie hat das lediglich getan, weil sie sich durch die erzwungene Auswanderung in Not befand und durch diese Heirat ihr Leben im Ausland glaubte fristen zu können. Ohne die Verfolgung hätte die Klägerin ihre gutgehende Privatschule für Sprachen in Marburg weiter betreiben können, die ein sehr gutes Einkommen abwarf.

Löhr
(Dr. Löhrnis)
Rechtsanwalt

Abschrift

IV ZB 282/59

B e s c h l u s s



In der Entschädigungssache

.....

hat der IV. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs auf die sofortige Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision in dem Urteil des 7. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart, den Parteien an Verkündigungs Statt zugestellt am 6./8. August 1959 in der Sitzung vom 19. Februar 1960 beschlossen:

Die Revision wird zugelassen.

G r ü n d e :

The für die Entscheidung erhebliche grundsätzliche Rechtsfrage, ob eine ausreichende Lebensgrundlage im Sinne des § 75 BEG bereits erreicht ist, wenn das Erwerbseinkommen des Verfolgten und seines Ehegatten eine der Berufsausbildung des Verfolgten entsprechende Lebensführung gewährleistet, bedarf weiterer Klärung (§ 219 Abs. 2 Nr. 1 BEG).

Raske Wüstenberg Bundesrichter Wilden Dr. Loewenheim Dr. Bra
ist beurlaubt und
deshalb verhindert zu
unterscrieben.
Raske

5

Eidesstattliche Erklaerung

Ich kenne Frau Irene Paley geb. Strauss seit dem Jahre 1915, da ich in Marburg zur Schule ging. Ausserdem war ihre Mutter mit meiner Mutter sehr befreundet.

Ich weiss, Frau Paley-Strauss studierte fremde Sprachen in Deutschland, da sie dafuer besonders befahigt war. Sie setzte diese Studien in andern europaischen Staedten wie London, Paris, Basel fort.

Nach Beendigung dieser Studien eroeffnete sie in Marburg a. d. Lahn eine staatlich anerkannte Sprachschule mit allgemeinem Unterricht bis zum Abitur. Frau Paley-Strauss hatte verschiedene Lehrer fuer die nichtsprachlichen Faecher angestellt.

Ich weiss, dass Frau Paley-Strauss ungewoehnlich begabt, bei ihren Schuelern und den angestellten Lehrern sehr beliebt war.

Wegen der zunehmenden Judenverfolgungen in Deutschland musste Frau Paley-Strauss ihre Schule im Jahre 1933 schliessen. Viele ihrer Schueler bedauerten diese Massnahme.

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angabe an Eidesstatt.

Lancaster, den 8. Februar 1960

Subscribed and sworn to before me this

day of

(Signature in ink of Person Administering Oath)

1621 NORTH PRINCE STREET - LANCASTER, PA.

My Commission Expires

ARTHUR WALTERS, Notary Public

FEB 8 1960

Lancaster County, Lancaster, Pa.
My Commission Expires Jan. 7, 1963

Elsa Wolff, geb. Rothschild

V f g . :

6

- 1) Akten des Regierungspräsidenten in Kassel
- Reg.Nr.: K 05262 - anfordern.
- 2) Klageschrift vom 5./4. 1960 an I/7 zustellen.
- 3) Wv. am 9./5. 1960

Kassel, den -8. April 1960
Uim, Justizangestellter

zu 1) abgesandt
zu 2) ab zur Zustellung

K., den -8. April 1960
Uhi, Justizangestellter

Az.: II 0.112 / 60 (Entsch)